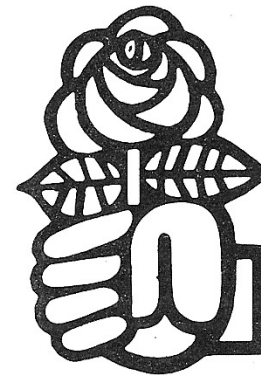


Dr. Ernst Wolowicz

Renaissance des Rechts- radikalismus?



Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Bayern

Dr. Ernst Wolowicz

Renaissance des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ?

I. Rechtsextreme im Vormarsch

Durch den überraschenden Wahlerfolg der Republikaner in Westberlin (7,5 % der Stimmen) wurde deutlich, daß ein bisher meist verdrängter Bestandteil der bundesdeutschen politischen Kultur, der Rechtsextremismus, wieder an Attraktivität in der Wählerschaft gewinnt.

Gänzlich unerwartet kam dieses Wahlergebnis nicht. Bereits bei drei vorhergehenden Wahlen waren rechtsextreme Parteien erfolgreich gewesen:

Bei den Landtagswahlen in Bayern im Oktober 1986 erzielten Parteien rechts von der CSU 4,5 % der Stimmen (3,0 % Republikaner, 0,5 % NPD, 0,4 % FVP und 0,6 % BP).

Die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft im September 1987 hatten zum Ergebnis, daß erstmals seit 1971 wieder ein Abgeordneter einer rechtsextremen Partei in ein Landesparlament kam. Die "DVU-Liste D" des Nationalzeitungsverlegers Dr. Gerhard Frey erhielt 3,4 % der Stimmen im Bundesland Bremen, überwand mit 5,4 % in Bremerhaven die 5 %-Sperrklausel und erhielt daher einen Sitz in der Bürgerschaft. Die Republikaner erhielten 1,2 %. In den aufwendigen Wahlkampf investierte Dr. Frey über 2 Mio. DM, das ist mehr als der Wahlkampfbetrag der vier etablierten Parteien. Es war offensichtlich als Testwahlkampf gedacht.

Auch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 1988 kamen die Parteien rechts von der CDU/CSU knapp an die 5 %. Die NPD erzielte mit 2,1 % ihr bestes Ergebnis seit

1971. Die Republikaner kamen auf 1,0 % und die öko-rechte ÖDP auf 1,4 %.

Mit Ausnahme der Bremer Wahlergebnisse fanden diese Warnzeichen in der Öffentlichkeit und auch in großen Teilen der bundesdeutschen Linken kaum Beachtung. Erst das Berliner Wahlergebnis hat zu einer breiten Diskussion über den Rechtsextremismus geführt.

Das Resultat der hessischen Kommunalwahl zeigt, daß die Gefahr besteht, daß sich rechte Parteien als fünfte Kraft im bundesdeutschen Parteiensystem etablieren können. In Frankfurt erhielt die NPD 6,6 %. Die nur in zwei Kreisen antretenden Republikaner kamen im Rheingau-Taunus-Kreis auf 10,5 % und im Wetteraukreis auf 7,0 % (hier erhielt die NPD zudem 4,7 %). In der traditionellen NPD-Hochburg Wölfersheim wurde die NPD mit 17,5 % sogar zweitstärkste Partei vor der CDU.

Diese spektakulären Wahlerfolge rechter Parteien brachten ein Element der politischen Kultur der Bundesrepublik und des Alltagsbewußtseins von Teilen ihrer Bürger ans Tageslicht, das bisher gerne verdrängt wurde, nämlich die Kontinuität des Rechtsradikalismus.

Diese politische Erscheinung wird immer nur dann manifest und in der Öffentlichkeit breit diskutiert, wenn rechte Parteien Wahlerfolge erzielen.

Dies war Anfang der fünfziger Jahre der Fall, als die SRP bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1951 11 % der Stimmen erhielt. Die SRP wurde 1953 vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Der CDU/CSU gelang es in den fünfziger Jahren sich als bürgerliche Sammlungspartei durchzusetzen und rechte Parteien (wie die DP und den BHE) aufzusaugen und die offen rechtsextreme DRP zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Die Basis für diesen Integrationserfolg war der wirtschaftliche Aufschwung und die dadurch ermöglichten sozialpolitischen Leistungen und der betont antikommunistische Kurs in der Innen- und Außenpolitik. (1)

Erst mit der Rezession 1966/67 und der Bildung der Großen

Koalition in Bonn gelang es einer rechtsradikalen Partei wieder, in die Parlamente zu kommen. Die 1964 gegründete NPD kam zwischen 1966 und 1968 in sieben Landtage und erzielte 1968 in Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen mit 9,8 % ihr Rekordergebnis. In der Bundesversammlung stimmten 1969 die NPD-Abgeordneten für den CDU-Bundespräsidentenkandidaten Schröder.

Bei den Bundestagswahlen 1969 verfehlte die NPD mit 4,3 % knapp den Einzug in den Bundestag. Damit begann ihr bis vor kurzem anhaltender Niedergang. Bis 1971 verlor sie alle ihre Landtagsmandate. Ihre Mitgliederzahl schrumpfte von 30.000 (1969) auf 6.000 (1984).

Ursache dieses schnellen Abstiegs der NPD waren die schnelle Überwindung der Rezession und die seit 1969 gegebene Oppositionsrolle der CDU/CSU gegen die sozialliberale Bundesregierung, die Parteien rechts von der CDU/CSU kaum noch Platz ließ. (2)

Die politische Erfolglosigkeit der NPD in den siebziger Jahren, die durch interne Flügelkämpfe noch befördert wurde, bedeutete jedoch nicht, daß damit das Problem einer rechtsradikalen Weltanschauung von teilen der Wählerschaft gelöst war. Im Jahr 1981 erschien die im Auftrag der Bundesregierung erstellte SINUS-Studie, die zu folgenden Ergebnissen kam:

- 13 % der Wählerschaft verfügen über ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild;
- weitere 2 % gehören zur sogenannten Öko-Rechten;
- weitere 37% verfügen über ein autoritäres Einstellungssyndrom (Autoritätshörigkeit, "law and order"-Denken, Antipluralismus, Abneigung gegenüber Minderheiten, usw.), das für rechtsradikale Parolen anfällig machen kann und das daher von den Autoren der Studie als "Brücke nach rechts" bezeichnet wurde;
- 6 % der befragten Wähler billigten sogar rechtsradikale Gewalttaten;
- 28 % hielten Arbeitslager für sinnvolle Einrichtungen;

- 39 % waren dafür, die Rasse rein zu halten;
- 20 % waren stark antisemitisch eingestellt und weitere 30 % waren latent antisemitisch eingestellt. (3)

Auch die erschreckenden Ergebnisse dieser Untersuchung fanden wenig Beachtung und wurden bald wieder verdrängt.

Als Grundelemente dieses rechtsradikalen Weltbildes wurden folgende Bestandteile in der SINUS-Studie aufgeführt: Ethnozentrismus und Rassismus, betonter Nationalismus, extremes "law and order"-Denken, Verherrlichung von Militär und Polizei, Verharmlosung des NS-Regimes, strikter Autoritätsglaube und Führerprinzip, Haß auf Minderheiten, Ablehnung von Pluralismus und Streben nach einer Volksgemeinschaft, Wunsch nach einem "starken" Staat nach innen und außen.

Wie bei allen Versuchen, die rechtsradikale Weltanschauung zu definieren, zeigt sich auch bei diesen Kategorien, daß eine trennscharfe Abgrenzung von Elementen eines "rechtskonservativen" Weltbildes von einem "rechtsradikalen" kaum möglich ist, da die Übergänge fließend sind und die Unterschiede jeweils meist nur in der "Arbeit der Zuspitzung" liegen.

Die differentia specifica liegt bei den sich offen bekennenden Neofaschisten in der Ablehnung der Staatsform der politischen Demokratie.

Bei Rechtsradikalen, wie den Republikanern und der NPD, die sich verbal zur politischen Demokratie und zum Grundgesetz bekennen, sind Unterschiede zum rechten Flügel der CDU/CSU nur in der Pointierung der Formulierung zu erkennen.

Gerade diese fehlende starre Grenzlinie zwischen Elementen des rechtsradikalen Weltbildes und des konservativ-autoritären Weltbildes erklärt, daß vor dem Hintergrund von gravierenden sozialen Problemen wie Wohnungsnot in Ballungsgebieten, Massenarbeitslosigkeit, neuer Armut, Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, Ethnizisierungstendenzen in Städten und daraus resultierenden Krisenwahrnehmungen bei Teilen der Wähler Parolen der NPD, der DVU und der Republikaner auf einen fruchtbaren, bereiteten Boden fallen.

II. Rechte Ideologie konkret: Das Weltbild der Republikaner

Aufgrund einer Inhaltsanalyse der Programmatik der Republikaner soll im folgenden versucht werden, die Elemente dieses rechtsradikalen Weltbildes darzustellen und deren Attraktivität für Teile der Wählerschaft zu erklären. (4)

Nationalismus

Die Republikaner predigen den "Stolz auf unser deutsches Vaterland" (Schönhuber). Ihre Wahlparole lautet daher auch "Deutschland zuerst!"

Hauptziel der Außenpolitik müsse natürlich die Wiedervereinigung Deutschlands sein. Vollmundig fordern die Westberliner Republikaner in ihrem Wahlprogramm: "Die Bundesregierung muß die Abrüstungsdebatte nutzen um die Wiedervereinigung Deutschlands auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu setzen."

Für Schönhuber ist die Wiedervereinigung ein "göttlicher Auftrag".

Als Störenfriede der Wiedervereinigung gelten die Alliierten, von denen Schönhuber daher konsequenterweise als "Besatzungsmächte unseres Deutschland" spricht.

Die Republikaner wollen ein blockfreies Gesamtdeutschland, das nach Schönhubers Ansicht auch über Atomwaffen verfügen muß, solange andere Staaten Atomwaffen haben.

Die Republikaner sehen in der staatlichen Teilung Deutschlands eine Kriegsgefahr, nicht etwa in ihrer Forderung nach Wiedervereinigung. In ihrem Bundesparteiprogramm heißt es: "Die illegale, unnatürliche und gewaltsame Zerstückelung des deutschen Volkes und seines Landes im Herzen Europas ist eine Gefahr für den Frieden und eine Entwürdigung der Menschen."

Der Kampf der Republikaner für das deutsche Volkstum kennt keine Grenzen. In der Septemberausgabe 1988 ihrer Zeitschrift "Der Republikaner" beklagen sie das schlimme Los der Deutschen in Südtirol: "In die Städte werden seit Jahren sizilianische Arbeiter gepumpt, um ihnen den deutschen Charakter zu nehmen. Die Deutschen sollen im eigenen Land überfüllt werden."

Mit ihrem Appell an das deutsche Nationalbewußtsein und an die Pflicht zur Wiedervereinigung wenden sich die Republikaner gezielt an "nationalbewußte" Wähler, die die sozialliberale Ostpolitik und deren weitgehende Fortführung durch die konservativ-liberale Bundesregierung ablehnen, da sie den "Kommunisten" zu stark entgegenkomme. Gerade in der "Frontstadt" Westberlin konnten sie damit sicherlich Wähler ansprechen, die von der Fortsetzung der Entspannungspolitik durch die Wenderegierung und den Westberliner CDU-geführten Senat enttäuscht sind und mehr Härte gegenüber dem "Osten" fordern.

Sehnsucht nach einem "starken" Staat

Die Republikaner werfen dem Staat vor, nicht konsequent genug gegenüber Rechtsbrechern vorzugehen.

Im Westberliner Wahlprogramm beklagen sie: "Während Bürger, die die Gesetze achten und Steuern zahlen, häufig schutzlos sind, wird gegen die Feinde der rechtsstaatlichen Ordnung, Chaoten und Autonome, nicht entschlossen durchgegriffen..."

Sie kritisieren die Ermöglichung von "rechtsfreien Räumen" und tadeln, "daß den Feinden der Demokratie Staatsgelder in den Rachen geworfen werden".

Vom Staat verlangen sie, daß er seine Bürger endlich schütze. Die Lösung aller Probleme im Sicherheitsbereich sehen sie - wie die meisten Konservativen auch - in einer personellen Verstärkung der Polizei, mehr Waffen für die Polizei und in einer Verschärfung des Demonstrationsrechts (Vermummungs-

verbot, Wiedereinführung des Landfriedensbruchparagraphen usw.). Mehr "Ordnung und Sicherheit" erfordert nach ihrer Meinung auch höhere Strafen für Verbrecher und eine Verschärfung des Strafvollzuges.

In einer Stadt wie Westberlin, in der es gewaltsame Demonstrationen gibt, Hausbesetzungen erfolgten und in der es wie in jeder Großstadt Kriminalität gibt, stießen diese Forderungen bestimmt auf positive Resonanz bei Teilen der Wähler, denen selbst der CDU-geführte Senat noch zu "lasch" war.

Der Westberliner Vorsitzende der Republikaner Anders ist selbst Polizist und behauptet, wahrscheinlich nicht zu Unrecht, daß viele seiner Berufskollegen seine Partei gewählt haben.

Der Staat, den die Republikaner wollen, muß nicht nur "stark" sein, sondern auch "sauber".

In ihrem Bundesprogramm steht: "Dem Staat dienen, nicht an ihm verdienen."

In ihrem Westberliner Programm wenden sie sich gegen "schwarzen und roten Filz, Charakterlosigkeit und Korruption". Den etablierten Parteien werfen sie vor: "Zu oft sehen die Parteien an der Macht in dem Staat eine Anstalt zur Versorgung ihrer Funktionäre, denen sie auf Kosten der Steuerzahler gut dotierte Posten zuschanzen."

Sie treten für mehr Sparsamkeit im öffentlichen Dienst ein, für die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten und für eine Verminderung der Grunddiäten der Abgeordneten um 20 %.

Sehr geschickt knüpfen sie hier an weitverbreiteter Kritik an Berufspolitikern an, die nicht nur traditionelle Vorurteile gegen Politiker widerspiegelt, sondern auch das Resultat von tatsächlich aufgetretenem "Filz" - gerade in Westberlin - ist.

Die Republikaner können sich hier als "Saubermänner" profilieren und profitieren von Fehlern der etablierten Parteien.

Ökologie - aus rechter Sicht

Die Republikaner geben sich modisch umweltbewußt. Schönhuber verurteilt die "Autowahngesellschaft", ist gegen Tiefflüge, gegen die Kernenergie und gegen die Massentierhaltung.

Die Westberliner Republikaner sind für "wirksamen Umweltschutz", für mehr Grünflächen, gegen mehr Stadtautobahnen und für mehr öffentlichen Personennahverkehr. Der "Zeitgeist" ist also auch an den "modernen" Rechtradikalen nicht vorbeigegangen.

Sie versuchen, auch das Umweltthema in ihrem Sinne aufzugreifen..

Peinlicherweise wird manchmal der alte Ungeist von Mitgliedern der Republikaner offen vertreten. Im "Republikaner" vom Juli 1988 erschien ein Artikel von Erik Zimmer unter der Überschrift "Patriotismus ist Umweltschutz". Die alte These vom "Volk ohne Raum" feierte hier fröhliche Urstände: "Das Grundproblem aller Umweltzerstörung ist . . . die Überbevölkerung unseres Lebensraumes - entscheidend mitbestimmt durch die Vertreibung der Ostdeutschen . . ." Verschärft wird dieses Problem nach Zimmer noch durch die nach Deutschland kommenden Ausländer: "Doch in diesen schon extrem dicht besiedelten Raum drängen nun auch noch massenhaft Ausländer herein, und gerade das kann eines Tages dazu führen, daß die Umweltprobleme überhaupt unlösbar werden."

In bei den Republikanern seltener Offenheit werden also Ausländer auch noch für die Umweltprobleme der Bundesrepublik mit verantwortlich gemacht.

Fremdenfeindlichkeit

Auf dem Klavier der Fremdenfeindlichkeit spielt keiner so geschickt wie Schönhuber. Originalton Schönhuber: "Wir wollen die Ausländer wie Gäste behandeln. Aber wir wollen nicht, daß Gäste über unser Leben bestimmen." Beim politischen Aschermittwoch in Cham rief er aus: "Über Deutschland wird die grüne Fahne nicht wehen."

Seine Hetze gegen Ausländer kaschiert er, indem er ausländische Kulturen lobt, die er ja anerkenne (er habe schließlich selbst ein Haus in der Türkei und seine Gattin spreche türkisch), aber die er nicht in Deutschland haben wolle, da er eine "multikulturelle Gesellschaft" ablehne.

Die sogenannten Gastarbeiter werden von den Republikanern als Manövriermasse betrachtet, die als Arbeitskräfte behandelt werden, die nur solange hier bleiben dürfen, wie sie von bundesdeutschen Unternehmern gebraucht werden und wie sie deutschen Arbeitnehmern keine Arbeitsplätze "wegnehmen". Schönhuber dazu: "Die Familienmoral der Türken ist vorbildlich - aber jeder freiwerdende Arbeitsplatz muß bei uns erst einmal mit einem deutschen Arbeitslosen besetzt werden. ... Wir sind nicht das Sozialamt der Mittelmeerländer."

Im Bundesparteiprogramm der Republikaner wird das Schweizer Rotationsmodell für ausländische Arbeitnehmer in noch verschärfter Form gefordert: "Ausländer sind Gäste. Dieses schließt, wie in der Schweiz, unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus."

Ausländische Arbeitnehmer sollen also auf ihre Rolle als rechtlose und mobile Ware Arbeitskraft reduziert werden, die nach dem "ex und hopp-Prinzip" im- und exportiert werden soll.

Die Westberliner Republikaner erklären: "Die Bundesrepublik darf nicht zu einem Einwanderungsland, einem Vielvölkerstaat mit einer multikulturellen Gesellschaft werden."

Sie fordern eine Verringerung des Ausländeranteils, eine Erschwerung des Familiennachzugs und die obligatorische Unterrichtung der "Ausländerkinder" in ihrer Muttersprache, "die ihre Rückkehr erleichtern soll." Ein Ausländerwahlrecht wird natürlich abgelehnt.

Bundesrichter a.D. Prof. Dr. Günther Willms hält in einem Artikel im "Republikaner" den Begriff "ausländische Mitbürger" übrigens für "abwegig", da Ausländern ja zu Recht die Bürgerrechte fehlten, eine interessante Übereinstimmung mit der Meinung Alfred Dreggers.

Die Republikaner können mit ihrer Hetze gegen Ausländer an bestehender Fremdenfeindlichkeit in größeren Teilen der Bevölkerung anknüpfen, die sie nicht schüren müssen, da sie seit langem vorhanden ist, aber erst jetzt wahlpolitisch manifest wurde. Den Boden für diese Fremdenfeindlichkeit haben Konservative und Teile der Presse bereitet mit Thesen wie der "Asylantenflut", der angeblich hohen Ausländerkriminalität und der "Ausländerschwemme" in den Großstädten.

Unter diese in Vorurteilen fest verankerte Fremdenfeindlichkeit fallen nicht nur die 4,1 Mio. ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien, die zu 60 % seit über 10 Jahren hier leben, sondern auch alle Asylbewerber und -Ironie der Geschichte - auch die deutschstämmigen Aussiedler aus dem Osten, die "heim ins Reich" kommen.

Auf die psychologischen, historischen und sozialen Ursachen der Existenz dieser Vorurteile gegenüber Fremden kann hier nicht eingegangen werden, die Funktion dieser Fremdenfeindlichkeit im politischen Spiel der Rechten ist jedoch leicht darstellbar. Es ist die alte Sündenbockfunktion. Für alle Probleme - von der Wohnungsnot, über die Kriminalität bis zur Massenarbeitslosigkeit - wird eine simple Scheinerklärung gefunden: "Schuld sind die Ausländer" (Bis vor 44 Jahren hieß es in diesen Kreisen noch: "Der Jude ist schuld.") Diese Scheinerklärung verdrängt andere Deutungsmuster der Ursachen dieser Probleme, lenkt von den objektiven Ursachen (z.B. Wohnungspolitik der Wenderegierung seit 1982) ab und bietet ein einfaches Erklärungsmuster zur Lösung all dieser Probleme.

Komplexe gesellschaftliche Probleme werden auf einfache Deutungsmuster und Lösungsvorstellungen reduziert.

Die objektive Basis dafür liegt nicht primär in den Vorstellungen dieser Wähler, sondern in ihrer realen Lebenssituation, auf der die Attraktivität dieser Scheinerklärungen und -lösungen erst beruhen kann.

Die Infas-Vorwahlstudie zu den Bremer Abgeordnetenhauswahlen 1987 zeigte, daß die Attraktivität der Parole "Ausländer raus" positiv korreliert mit: niedrigem sozialem Status, wenig qualifiziertem Schul- und Ausbildungsabschluß, wirt-

schaftlicher Krisenangst (Angst vor Arbeitslosigkeit) und sozialer Isolation (wenig kommunikative Kontakte). Wenig anfällig für diese Parole waren gut Ausgebildete, Personen mit hohem sozialem Statur, mit optimistischer Sicht der eigenen wirtschaftlichen Zukunft und mit vielfältigen kommunikativen Beziehungen.

Die zahlreichen "Unterprivilegierten" dieser Gesellschaft sehen oft in Ausländern Konkurrenten für Arbeitsplätze und Wohnungen.

Je schlimmer die Folgen der Wendepolitik auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungs- und dem Sozialbereich werden, desto eher wird die "Rattenfängerparole" "Ausländer raus" auf Resonanz stoßen, solange es der Linken nicht gelingt, ihre Deutungsmuster der Ursachen dieser Probleme und ihre Alternativen zur Wendepolitik in diesen zentralen Fragen populär zu formulieren und (vorerst in Gemeinden und Ländern, wo sie regiert) in Ansätzen zu praktizieren.

Die Wurzeln der aktuellen Attraktivität rechtsradikaler Parolen liegen neben der Aktivierung von tiefsitzenden Vorurteilen gegen alles Fremde auch in objektiven, von der Krise des bundesdeutschen Kapitalismus geschaffenen und von der Politik - vor allem der Wenderegierung - verschärften sozialen und wirtschaftlichen Problemen.

Nie war eine glaubwürdige alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik der Linken so wichtig wie heute. Denn gegen tiefsitzende Vorurteile der Fremdenfeindlichkeit hilft rationale Aufklärung über Ausländer und Zuwanderer in die Bundesrepublik nur wenig, solange die Opfer der Wendepolitik aufgrund ihrer Verunsicherung über die eigene Lage und ihre Zukunft nach Opfern Ausschau halten, die an ihrer eigenen schlechten Lage Schuld sein sollen und die Ausländer als Sündenböcke "serviert" bekommen.

Selbstverständlich ist Aufklärung darüber notwendig, warum Ausländer hier leben und arbeiten. Solange es aber Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit und Armut gibt, wird es immer einen Resonanzboden für ausländerfeindliche Politik geben. Eine aktive Beschäftigungspolitik und Wohnungsbaupolitik der

Linken ist bei der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit bestimmt effizienter, da sie die Konkurrenz innerhalb der Wohnungssuchenden und der Arbeitsplatzsuchenden vermindert, als wohlgemeinte rationale Aufklärung, die ausländerfeindliche Gefühle kaum erreicht.

Antisemitismus

Selbstverständlich behaupten die Republikaner, daß sie nicht antisemitisch seien.

Auch ihr Antisemitismus kommt auf "Filzlatschen" daher, vorsichtig und verdeckt, aber für ihre Anhänger deutlich genug.

Ein Meister in dieser Kunst ist ihr Parteivorsitzender Schönhuber: "Wer bei den Republikanern als Antisemit auftritt, bekommt es mit mir persönlich zu tun - aber so allmählich hat man ja als Deutscher (zu denen offensichtlich jüdische Bürger nach Schönhubers Ansicht nicht dazugehören) den Eindruck, der Zentralrat der Juden ist die fünfte Besatzungsmacht auf deutschem Boden."

Schuld am Antisemitismus sind nach Schönhubers Ansicht die Juden selbst, die ja die "Frechheit" besitzen, sich ständig in Fragen der bundesdeutschen Politik "einzumischen", die sie nach seiner Meinung offenbar nichts "angehen". Sein erklärter Gegner ist der Vorsitzende der Zentralrats der Juden in Deutschland Galinski: "Herrn Galinski mag ich nicht mögen müssen."

Er, Schönhuber, sei selbstverständlich gegen Antisemitismus, "aber wenn Herr Galinski so weitermacht, dann kommt es leider in Deutschland zu dem von uns bekämpften Antisemitismus."

Jüdische Bürger sind nach Schönhubers Meinung anscheinend Bürger minderen Rechts, die sich nicht zu politischen Fragen dezidiert äußern dürfen, da dies ja den Antisemitismus erst erzeuge. Perfider geht es kaum noch.

Die Republikaner können auch hierbei an bestehenden Vorur-

teilen anknüpfen. Der Kölner Soziologe Silbermann stellte 1974 fest, daß 20 % der Bundesdeutschen stark antisemitisch seien. Die SINUS-Studie 1981 bestätigt dieses Ergebnis. Nach Umfragen aus den Jahren 1986 und 1988 sind weiterhin 15 bis 20 % der Bundesdeutschen stark antisemitisch, fast die Hälfte ist von latenten antisemitischen Vorurteilen nicht frei. (5)

"Nationales" Geschichtsverständnis

Die Republikaner sind für eine Beendigung der "deutschen Bußtage" (Schönhuber).

Beim politischen Aschermittwoch 1989 in Cham rief er unter dem Beifall seiner Anhänger aus: "Wir lassen es nicht zu, daß unsere Geschichte permanent auf Auschwitz reduziert wird."

In seinem Buch "Ich war dabei" verherrlicht Schönhuber die verbrecherische Waffen-SS und die Reichswehr.

Den Boden für diese Neubewertung der NS-Zeit bereiteten andere mit.

In der Historikerdebatte bemühten sich bundesdeutsche Historiker, die NS-Zeit neu zu interpretieren und den Faschismus als Folge der Bedrohung Deutschlands durch den aggressiven Bolschewismus zu "erklären" und zu verharmlosen.

Das Treffen Kohls und Reagans in Bitburg zeigte, daß auch konservative Politiker die Intention dieser Historiker teilen, den Gegensatz Faschismus-Antifaschismus durch den Gegensatz Kommunismus-Antikommunismus (wobei dann Deutschland im selben Boot sitzt wie seine ex-Feinde, die westlichen Alliierten) zu ersetzen.

Alfred Dregger ist bekanntermaßen heute noch stolz, daß er Breslau im Mai 1945 noch "verteidigt" hat. Norbert Blüm mußte seine Bemerkung, daß die deutschen Reichswehrsoldaten objektiv betrachtet durch ihren Kampf auch die Aufrechterhaltung der Konzentrationslager ermöglicht hätten, nach wütenden Protesten seiner Parteifreunde zurücknehmen.

Nach Ansicht vieler CDU/CSU-Politiker darf Bundespräsident Weizsäcker nicht ausgerechnet am 1. September 1989 in Polen sein, dem 50. Jahrestag des Angriffs Hitlerdeutschlands auf Polen. Schönhuber empfiehlt Weizsäcker, in Polen den von den Nazis so genannten "Bromberger Blutsonntag" vom 3.9.1939 zu erwähnen, an dem es in Polen zu Übergriffen gegen deutsche Volkszugehörige kam, als Reaktion auf den deutschen Angriff.

Auch Schönhuber greift also zur alten Methode "deutsche" Verbrechen gegen tatsächliche oder angebliche Verbrechen anderer Nationen aufzurechnen.

Die Tendenz zur "Entsorgung der deutschen Geschichte", die die Historikerdebatte offenlegte und die "Unfähigkeit zu trauern" kommt den Republikanern zugute.

Sie können dabei an die Strategie der CDU/CSU anknüpfen, endlich die positiven Seiten der deutschen Geschichte herauszustellen und neues nationales Geschichtsbewußtsein zu schaffen und die "Schattenseiten" - wie das NS-Regime - nicht überzubewerten, also endlich zur "Normalität" zu kommen. Vorreiter dieser Tendenz war Franz-Josef Strauß.

Einen Resonanzboden in der Wählerschaft findet diese Politik in älteren Wählern, die nichts mehr von der NS-Zeit hören wollen und bei jüngeren Wählern, die davon nichts hören wollen oder in ihrer Schulbildung kaum oder nichts davon gehört haben.

Traditionelles Frauen- und Familienbild

Die Republikaner halten an den traditionellen Normen und Werten des Familienlebens und am traditionellen Rollenbild der Frau fest.

Die deutsche Kleinfamilie wird als Basis der Gesellschaft idyllisiert, die Frauen sollen weiterhin in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter aufgehen.

Der Wertewandel, die veränderten Einstellungen zu Sexualität und Partnerschaft und die Emanzipationsbestrebungen der

Frauen sind an der Programmatik der Republikaner und am Bewußtsein ihrer Wähler offensichtlich vorbeigegangen. Entgegen dem "Zeitgeist" wird an hergebrachten Einstellungen festgehalten.

Symptomatisch dafür ist die Haltung der Republikaner zum Paragraphen 218.

In ihrem Westthüringer Wahlprogramm heißt es hierzu: "Schutz des ungeborenen Lebens durch umfassende Beratung der Schwangeren, ausreichende staatliche und private Unterstützung bei sozialen Notlagen und Unterbindung des Mißbrauchs der sozialen Indikation des § 218 StGB."

Die stv. Bundesvorsitzende der Republikaner Hund fordert im Parteiorgan im November 1987, daß die Abtreibungen nur dann erlaubt sein sollten, "wenn Leben und Gesundheit der Mutter oder des Kindes gefährdet oder eine Vergewaltigung erwiesen (!) ist."

Durch eine Erschwerung des Schwangerschaftsabbruches soll offensichtlich verhindert werden, daß die Deutschen aussterben und die Frauen sollen zu ihrem Mutterglück gezwungen werden.

Die Republikaner fordern zudem eine Aufwertung der Hausfrauenrolle.

Zur Verminderung der Abtreibungen schlagen sie eine Erleichterung der Möglichkeiten zur Adoption von Kindern vor.

Mit ihrem Kurs in dieser Frage befinden sich die Republikaner in Übereinstimmung mit Teilen der CDU/CSU. Die CSU versucht zur Zeit über den Weg einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht das Recht zum Schwangerschaftsabbruch weitgehend auszuhebeln.

Ob die Wählerinnen diesen Kurs der Republikaner honorieren, ist mehr als zweifelhaft. Von ihrer Mitglieder- und Wählerstruktur sind sie eine Männerpartei.

Die Marktwirtschaft -

Die Volksgemeinschaft der Leistungswilligen

Die Rechtsradikalen profitierten bei den letzten Wahlen von Mängeln der Marktwirtschaft und von den negativen Folgen einer konsequent marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Wendeparteien.

Dies hindert die Republikaner nicht, in ihrem Westberliner Wahlprogramm mehr Marktwirtschaft zu fordern und ein Loblied auf den leistungswilligen Unternehmer und Arbeitnehmer zu singen. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft werden als Bürokratismus kritisiert, die Ausdehnung der Beschäftigung im Bereich öffentlicher Dienstleistungen wird explizit zurückgewiesen.

Die Westberliner Republikaner erweisen sich als wahre Fans der freien Marktwirtschaft:

- Industrie, Handel und Gewerbe müssen durch ein klares Bekenntnis zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, durch ein Bekenntnis zur Leistung ermutigt werden.
- Die für viele Unternehmen existenzbedrohende ständige Erhöhung der Lohnnebenkosten muß über den Bundesgesetzgeber beseitigt werden. ...
- Die staatliche Beschäftigungspolitik muß die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei Neugründungen und steigender Auftragslage erleichtern, statt wie bisher zu erschweren, weil die Unternehmen befürchten müssen, sich bei Verschlechterungen der Auftragslagen nicht mehr von Arbeitskräften trennen zu können, die nicht mehr benötigt werden."

Konsequenterweise sprechen sich die Westberliner Republikaner für die Flexibilisierung der Wochen- und Lebensarbeitszeit aus.

Den Republikanern schwebt also offenbar das Modell Maggie Thatchers vor. Dazu gehört natürlich die Stärkung der bundesdeutschen Wirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf. Im "Republikaner" vom Februar 1988 singt Franz Fischer ein Loblied auf die Rationalisierung: "Es ist verfehlt, die erfolgreiche

Rationalisierung zu verteufeln. Ohne Rationalisierung kein internationaler Wettbewerb, kein Export." Er gibt zwar zu, daß sie auch zu Arbeitslosigkeit führt, hat aber für die deutschen Arbeitnehmer gleich ein Trostpflaster parat: "Vorhandene Arbeitsplätze sind zunächst deutschen Arbeitskräften anzubieten."

Auch die Westberliner Republikaner verlangen in ihrem Wahlprogramm: "Unsere Arbeitsplätze sollen vorrangig Deutschen zustehen."

Die geforderte Deregulierung der Arbeitsverhältnisse versuchen sie mit der Parole schmackhaft zu machen: "Ein unsicherer Arbeitsplatz ist besser als gar keiner." Die Offenheit der Republikaner ist hierbei bewundernswert.

Im Bundesparteiprogramm der Republikaner klären sie ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, die natürlich staatstragend und sozialpartnerschaftlich orientiert sein sollen, um die bundesdeutsche Volksgemeinschaft im internationalen Konkurrenzkampf zu stärken. Sie wollen Gewerkschaften, "welche in parteipolitischer Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln."

In der Sozialpolitik sprechen sie sich gegen den "Mißbrauch sozialer Leistungen" aus.

Die Westberliner Republikaner sehen in ihrem Wahlprogramm in den Versicherten die Schuldigen an hohen Gesundheitskosten. Sie kritisieren Menschen, "die das 'soziale Netz' schamlos ausnützen, durch überflüssige Krankschreibungen, überflüssige Kuren, überflüssigen Medikamentenverbrauch, u.a." Schuld ist also nicht das faktische Anbietermonopol im Gesundheitswesen, sondern die "Anspruchsinflation" der Versicherten.

Es ist paradox, daß Opfer der Gesundheitsreform à la Blüm aus Protest gegen diese Reform zu Lasten der Versicherten teilweise eine Partei wie die Republikaner gewählt haben, die die Versicherten mindestens ebenso schröpfen will wie Blüm es tut !

Auch Vorurteile gegenüber Arbeitslosen greifen die Republikaner auf. Sie sind gegen den "Mißbrauch des Sozialstaates durch Arbeitsunwillige", die über die Sozialhilfe angeblich zu einem höheren Einkommen kommen, als die niedrigsten Lohngruppen Vollbeschäftigter. (Berliner Wahlprogramm)

Aus den Wahlanalysen geht hervor, daß die Hochburgen der Republikaner in Stadtteilen Berlins liegen, in denen der Arbeiteranteil und der Arbeitslosenanteil hoch ist. Auf den ersten Blick erscheint ihr Wahlerfolg gerade bei Wählern mit geringem Status und Einkommen mit diesem marktradikalen Wirtschaftsprogramm erstaunlich.

Die einfachste Erklärung dafür ist, daß dieses Wahlprogramm ihren Wählern gar nicht bekannt war. Dafür spricht vieles. Das zentrale Motiv für die Wahl der Republikaner in Westberlin war, neben dem Protest gegen die Politik der etablierten Parteien, die Fremdenfeindlichkeit, die die Republikaner mit dem Motto "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche" ansprachen.

Dazu kommt aber, daß selbst bei tatsächlichen oder potentiellen Leidtragenden der Folgen der Wirtschaftskrise die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes (von den Berlinern haben nach Vorwahlumfragen 51 % diese Angst, von den Wählern der Republikaner sogar 64 %) nicht zu einer Linkswendung des Bewußtseins führen muß. Gerade in der Krise kann erfolgreich das Bewußtsein "Jeder ist seines Glückes Schmied" und das Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit als Mittel im Konkurrenzkampf gegen andere Arbeitnehmer aktiviert werden. Die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes muß nicht kollektive Gegenwehr bewirken, sondern kann gerade zu individuellen Lösungsmustern führen und bestehendes Bewußtsein verstärken (Vertrauen auf die eigene individuelle Kraft, Niederkonkurrieren von weniger Leistungsfähigen, Schuldzuweisung für wirtschaftliche Probleme an ausländische Kollegen).

Dennoch wird es für die Linke notwendig sein, in Zukunft verstärkt das wirtschaftspolitische Konzept der Republikaner anzugreifen, das bisher in der Öffentlichkeit kaum thematisiert wurde. Im Gegensatz zur NPD verzichten die Republikaner

bisher auf jede antikapitalistische Rhetorik. Ob sie diesen betont marktwirtschaftlichen Kurs durchhalten werden, wird sich zeigen.

III. Ergebnisse der Wahlanalysen: Wer wählt rechtsradikal?

Zum Bremer und Berliner Wahlergebnis liegen inzwischen einige Studien vor, die die Wählerstruktur dieser Parteien zeigen. (6)

Die Hochburgen der "DVU-Liste D" in Bremen und Bremerhaven lagen in Stadtteilen mit folgender Struktur:

- hoher Anteil von Arbeitslosen
- große Wohnsiedlungen mit vielen Sozialwohnungen
- Stadtteile mit wenig sozialen und kulturellen Infrastrukturreinrichtungen
- Stadtteile ohne langjährig gewachsene Sozial- und Kommunikationsbeziehungen, die soziale Isolation also nicht verhindern können und individuelle Krisenwahrnehmungen und Krisenlösungsmodelle fördern
- Stadtteile mit hohem Ausländeranteil.

Der hohe Ausländeranteil allein erklärt jedoch gute Wahlergebnisse der "DVU-Liste D" nicht. Es gibt sowohl in Bremen wie in Westberlin Stadtteile mit hohem Ausländeranteil, in denen die Rechtsradikalen nicht erfolgreich waren.

Entscheidend ist weniger der Ausländeranteil im Stadtteil als die Art und Weise des Zusammenlebens mit Ausländern und das "politische Kleinklima" in diesem Stadtteil. Der Ausländer-

anteil als solcher kann das Wahlverhalten nicht erklären.

In Bremen und Bremerhaven lagen die SPD- und DVU-Hochburgen in denselben Wahlbezirken. Dies deutet darauf hin, daß in stark kleinbürgerlich geprägten Stadtvierteln mit hohem Arbeiteranteil rechtes Protestwahlverhalten besonders ausgeprägt ist. Für die Wahlentscheidung zugunsten der DVU oder der Republikaner bzw. der NPD ist die Fremdenfeindlichkeit zwar ein wichtiger Erklärungsfaktor, aber nicht der einzige. Denn die Ursachen für den Wahlerfolg der Rechtsradikalen liegen auch in Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Situation und mit den etablierten Parteien.

Die Bremer DVU ist übrigens eine Männerpartei, auch von ihrer Wählerstruktur her. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus erhielt sie in Bremen bei den Männern 4,2 % der Stimmen, bei den Frauen nur 2,1 %!

Die DVU war in Bremen erwartungsgemäß bei den älteren Wählern (über 60jährige) besonders stark, bei den Männern dieser Altersgruppe erhielt sie sogar 7,1%, bei den Frauen dieser Altersgruppe allerdings nur 3,0 %.

Überraschend gut schnitt sie bei den männlichen Jungwählern ab (Anteil bei den 18-21jährigen: 4,4 %, bei den 21-25jährigen: 4,0 %). Bei jungen Wählerinnen stieß die DVU erfreulicherweise auf fast völlige Ablehnung (bei den 18-25jährigen erhielt sie nur 1,0 %, bei den 25-35jährigen gar nur 0,3 %)!

Allerdings war auch in Bremen bei den Jungwählern die Wahlbeteiligung extrem niedrig, vor allem bei Wählerinnen.

In Westberlin lagen die Hochburgen der Republikaner im Wedding (9,9 %) und in Neukölln (9,6 %). In den gutbürgerlichen Stadtteilen Zehlendorf (4,3 %) und Wilmersdorf (5,5 %) waren sie nur mäßig erfolgreich.

Auch in Westberlin gab es laut Infas eine "gewisse Überschneidung der Wählerklientel von Sozialdemokraten und (in diesem Fall) Republikanern".

In Westberlin sind die Stadtteile, die Hochburgen der Republikaner sind, so zu kennzeichnen:

- hoher Arbeiteranteil
- Großsiedlungen mit vielen Sozialwohnungen (Märkisches Viertel, Gropiusstadt, Marienfelde)
- geringe soziale und kulturelle Infrastruktur
- wenig gewachsene soziale und kommunikative Strukturen und daher Tendenzen zu sozialer Isolation
- kleinbürgerliche Strukturen.

Auch in Westberlin erklärt der Ausländeranteil im Stadtviertel allein nicht das Wahlverhalten zugunsten der Republikaner. Es gibt durchaus Wahlbezirke mit sehr hohem Ausländeranteil, die Hochburgen der AL sind und in denen die Republikaner unterdurchschnittlich abschnitten. Entscheidend ist das "politische Kleinklima" in diesem Stadtteil und die Sozial- und Bildungsstruktur der Einwohner.

Zur Sozialstruktur der Wähler der Republikaner erklärt Infas: "Es sind überwiegend die sozial Schwachen am unteren Sockel der Einkommenspyramide und ohne gehobenem Bildungsabschluß, die sich politisch nach rechts orientieren. Unter den Berufstätigen sind es entsprechend die unteren und mittleren Schichten, also Arbeiter und einfache Angestellte und Beamte, die im sozialen Wettbewerb durch die neue Konkurrenz Nachteile oder sozialen Abstieg fürchten."

Es wäre jedoch kurzschlüssig, daraus den Schluß zu ziehen, die Wähler der Republikaner stammten vorwiegend aus dem sozialdemokratischen Milieu.

Die Wählerstromanalyse von Infas weist für die Republikaner folgende positiven Wählerströme auf:

- 57.000 Stimmen von vormaligen CDU-Wählern,
- 10.000 Stimmen von vormaligen SPD-Wählern,
- 2.000 von vormaligen FDP-Wählern,
- 5.000 von bisherigen Nichtwählern,
- 6.000 von Erstwählern und
- 4.000 durch nach Westberlin Hinzugezogene.

Der Großteil der Republikaner-Wähler in Westberlin sind also ehemalige CDU-Wähler, darunter allerdings auch solche, die vor 1985 noch SPD gewählt haben.

Die Auswertung der amtlichen Repräsentativstatistik durch Dr. Joachim Hoffmann-Göttig zeigt, daß die Republikaner in Westberlin von ihrer Wählerbasis her eine sehr junge Partei sind. Ihren größten Erfolg erzielten sie in der Altersgruppe der 18- bis 23jährigen mit 14,3 % der Stimmen und bei den 24- bis 29jährigen mit 9,6 % der Stimmen. Bei den über 60 Jahre alten Wählern erreichten sie nur magere 4,6 %.

Auch in Westberlin waren die Rechtsradikalen bei den Männern viel erfolgreicher als bei den Frauen. Bei den 18- bis 23jährigen Männern erhielten sie sogar 18,8 %, bei den gleichaltrigen Frauen "nur" 9,1 %, bei den 24- bis 29jährigen Männern 11,1 %, bei den gleichaltrigen Frauen "nur" 7,9 %.

Die Westberliner Republikaner sind also eher eine Partei der jungen rechten Protestwähler als eine Partei der alten Nazis.

Die Vorwahlstudie von Infas zeigte, daß Befragte mit der Wahlabsicht Republikaner in Westberlin drei Probleme weit intensiver bewerteten als die anderen Befragten: 63 % machten sich Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz (im Durchschnitt waren es 51 %), 64 % waren mit ihrer Wohnsituation unzufrieden und 90 % waren der Ansicht, in Berlin lebten zu viele Ausländer (im Durchschnitt der Befragten waren dies nur 40 %).

Diese Affinität zwischen einfachem sozialen Status, bewußter Krisenwahrnehmung und Angst vor der eigenen Zukunft und der Stimmabgabe für die Republikaner ist eindeutig erkennbar; diese Tatsache muß für die Linke der Ansatzpunkt für die politische Gegenstrategie sein.

Die Analyse des Kommunalwahlergebnisses in Frankfurt durch die "Frankfurter Rundschau" kommt bei der Analyse der NPD-Hochburgen zu demselben Ergebnis wie die Studien zu den Bremer und Westberliner Wahlergebnissen. NPD-Hochburgen in Frankfurt sind Stadtteile mit hohem Arbeiteranteil, mit großen Wohnsiedlungen, mit Mangel an sozialer Infrastruktur und hohem Arbeitslosenanteil.

IV. Die Bundesrepublik vor der Etablierung eines Fünfparteiensystems?

Ob sich eine Partei rechts von der CDU/CSU längerfristig als fünfte Kraft des bundesdeutschen Parteiensystems etablieren kann, ist ungewiß.

Die Rechtsradikalen stehen sich derzeit dabei selbst im Wege. Ihre Führer sind sich spinnefeind. Für Schönhuber ist Dr. Frey ein "NS-Devotionalienhändler", für Dr. Frey ist Schönhuber ein "politisches Chamäleon".

Bei der Europaparlamentswahl werden Republikaner und DVU/NPD getrennt marschieren. Für Dr. Frey ist es wieder eine Testwahl, in die er etliche Millionen DM investiert. Allein die Postwurfaktion zu Beginn 1989 in alle 27 Millionen bundesdeutschen Haushalte hat ihn 6 Mio. DM gekostet.

Beim direkten Vergleich bei Landtagswahlen waren DVU/NPD gegenüber den Republikanern bisher meist erfolgreicher. Aber bei den hessischen Gemeindewahlen waren die Republikaner in den beiden Landkreisen, in denen sie antraten, dreimal so stark wie die NPD.

Egal wie die Europaparlamentswahlen ausgehen, die Parteiliste der Republikaner wird dadurch für ihre beiden Testwahlen - die bayerischen Kommunalwahlen im März 1990 und die bayerischen Landtagswahlen im Herbst 1990 - prall gefüllt werden. Jüngste Meinungsumfragen lassen einen Einzug der Republikaner ins Europaparlament nicht mehr als ausgeschlossen erscheinen.

Die Reaktion der beiden großen Volksparteien auf die jüngsten Wahlerfolge der Rechtsradikalen ist bisher eher durch Hilflosigkeit gekennzeichnet.

CDU/CSU:

Vor dem Ende des erfolgreichen Modells einer bürgerlichen Sammlungspartei?

Flügelstreit in der CDU

In der CDU ist nach dem Westberliner Wahlergebnis ein erbitterter Flügelkampf ausgebrochen, der durch das hessische Resultat neue Nahrung erhält.

Der Flügel der "Modernisierer" um Geißler, Süßmuth, Rommel, Blüm, Weizsäcker und Späth verteidigt seinen Kurs des "modernen" Konservatismus, der folgende Eckpunkte hat:

- Eine Wirtschafts- und Technologiepolitik, die die Konkurrenzfähigkeit der BRD durch eine Politik der Förderung der Modernisierung der Volkswirtschaft sichern will.
- Dieser Kurs soll nach Möglichkeit "sozial abgefedert" verlaufen, um einen radikalen Konfrontationskurs mit den Gewerkschaften vermeiden zu können, die in eine sozialpartnerschaftliche Politik eingebunden werden sollen.
- Der Weltmarktorientierung und der Internationalisierung des Kapitals entsprechend ist dieser Flügel gegen plumpe Ausländerfeindlichkeit und befürchtet daraus resultierende Nachteile für den Standort Deutschland (Geißler in einem SZ-Interview am 31.1.89: "Ein Land, das vom Außenhandel lebt, das kann nicht ausländerfeindlich werden, und ein Land, das sich anschießt, ab 1993 den europäischen Binnenmarkt zu begründen unter Führung der Christlichen Demokratischen Union, die kann Ausländerfeindlichkeit erst recht nicht in ihr Programm hineinschreiben.")
- Die Realität einer multikulturellen Gesellschaft in der BRD wird von Geißler und Rommel anerkannt.
- Die internationale Entspannungspolitik und die Ostpolitik in der Tradition der sozialliberalen Bundesregierung sollen fortgeführt werden.
- Zu "übertriebenem" Nationalismus und Verharmlosung der

NS-Zeit wird Abstand gewahrt, schon um der internationalen Reputation der BRD willen.

- In der Frauenpolitik muß die CDU neue Wege gehen, den Wertewandel mitvollziehen, um dieses Wählerinnenpotential nicht zu verlieren.
- Zielgruppe dieser Politik sind die Wechselwähler/-innen aus den lohnabhängigen Mittelschichten, die nur durch einen Appell an einen Individualismus, der auf Leistung und Selbstbestimmung in Beruf und Freizeit beruhen soll, zu gewinnen sind und nicht mit Appellen an klassische konservative Wertorientierungen wie Pflichtbewußtsein, Ordnung und Verzichtsethik.

Das Dilemma dieses CDU-Flügels besteht darin, daß gerade Parteigliederungen, die sich das Image einer modernen Großstadt-CDU geben wollten, in Bremen, Westberlin und Frankfurt schwere Wahlschläppen erhielten, weil nicht das Image einer Großstadt oder einer Großstadt-CDU entscheidend für die Wahlentscheidung vieler ex-CDU-Wähler war, sondern die eigene wirtschaftliche und soziale Lage und deren Interpretation.

Als Reaktion auf die Erfolge der Rechtsradikalen hat dieser CDU-Flügel eine Kombination aus zwei Strategien anzubieten:

- Ein vorsichtiges Eingehen auf rechte Thesen zur Ausländerproblematik, aber unter Verzicht auf plumpe Ausländerfeindlichkeit.
- Ankündigung von "sozialen Wohltaten", wie mehr Kindergeld und mehr Wohngeld.

Dieser Flügel hat erkannt, daß nicht vorwiegend durch ideologische Zugeständnisse an rechte Parteien die eigene Wählerschaft gewahrt werden kann, sondern durch eine leichte Wende der Wende in der Sozialpolitik. Der rechte "nationalkonservative" Flügel der CDU um Dregger wittert nun Morgenluft, um seine Politik in der CDU hegemoniefähig zu machen. Er wirft dem Geißler-Flügel vor, durch seinen falschen Kurs Stammwähler der CDU zu vergraulen und in die Arme der Rechtsradikalen zu treiben. Die Eckpunkte seiner vorgeschlagenen

Strategie weisen deutliche Affinitäten zur Ideologie der Rechtsradikalen auf:

- Anknüpfen an die vorhandene Fremdenfeindlichkeit durch noch mehr Härte gegenüber Asylbewerbern, Verschärfung des Ausländerrechts, strikte Ablehnung des Ausländerwahlrechts und "Streckung" der Zuwanderung von Aussiedlern;
- Für mehr "law and order" durch Verschärfung des Demonstrationsrechts und neue sogenannte Anti-Terrorgesetze;
- Neubewertung der deutschen Geschichte und Verharmlosung der NS-Zeit;
- Appell an traditionelle Werte in der Familien- und Frauenpolitik: Einschränkung der sozialen Indikation bei Abtreibungen, harter "Gauweiler-Kurs" in der Aids-Politik;
- Skepsis gegenüber der Entspannungs- und Ostpolitik, für Wahrung der "deutschen Interessen" auch gegenüber den westlichen Verbündeten;
- für härteres Vorgehen gegenüber "uneinsichtigen" Gewerkschaften.

Im Gegensatz zum Geißler-Flügel ist dieser Flügel gegen eine strikte Abgrenzung zu den Republikanern, denen nur der "Vorwurf" gemacht wird, sie hätten ihre Programmatik von der CDU bzw. CSU abgeschrieben. Die Äußerungen des Ministerpräsidenten Wagner zeigen, daß dieser CDU-Flügel Koalitionen mit den Republikanern nicht ausschließt.

Die Strategie dieses CDU-Flügels läuft darauf hinaus, den Republikanern dadurch das Wasser abzugraben, daß die CDU/CSU soweit nach rechts rückt, daß für Parteien rechts von ihr kein Platz mehr bleibt.

Die schlechten Erfahrungen der Frankfurter CDU mit dieser Strategie werden dadurch zu relativieren versucht, der Mißerfolg beruhe nur darauf, daß die Frankfurter CDU zu spät mit ihrem "Ausländerwahlkampf" begonnen habe!

Dem Parteivorsitzenden Kohl fällt die schwierige Aufgabe zu, zwischen diesen beiden Parteiflügeln zu vermitteln und Kom-

promisse zu finden, was die Glaubwürdigkeit und Profilschärfe der CDU bei den Wählern sicherlich nicht erhöhen wird.

Die CSU: Bayerische "Staatspartei" in Panik

Die CSU nutzt diese Situation, um die CDU zu einem verschärften Rechtskurs in der Ausländerpolitik und Rechtsstaatspolitik (sog. innere Sicherheit) zu drängen. In der Sozialpolitik ist die CSU nunmehr in der Familien- und Wohnungspolitik für "Wahlgeschenke" an die Bürger, um dadurch Wähler zurückzugewinnen.

In Bayern droht der "Staatspartei" CSU der Verlust der absoluten Mehrheit im Landtag. Ob ein prononcierter Rechtskurs der CSU wirklich nützt, ist mehr als zweifelhaft.

Die "Radikalität" der Republikaner z.B. in der "Ausländerfrage" wird die CSU nie erreichen können. "Übertreibt" die CSU den Rechtskurs, drohen ihr Verluste im Bereich der - meist urbanen - Mittelschichten.

Die bisherige, erfolgreiche "Doppelstrategie" der CSU, in Bonn die Wendepolitik mitzumachen und sich dann in Bayern von Teilbereichen davon zu distanzieren, stößt an ihre Grenzen.

Der Versuch des Spagates, einerseits durch einen Rechtskurs Wählerabwanderungen zu den Republikanern verhindern zu wollen und andererseits dennoch liberale Wechselwähler aus den Mittelschichten halten zu wollen, dürfte kaum gelingen.

Zusammenfassung

Welcher Flügel sich in der CDU durchsetzen wird, ist noch offen. Sicher ist nur, daß eine "Dregger-CDU" der FDP kaum eine Chance zur Fortsetzung dieser Koalition lassen würde. Im eigenen Überlebensinteresse ist die FDP immer flexibel, wie die jüngsten Äußerungen ausgerechnet Möllemanns über Gemeinsamkeiten mit der SPD beweisen.

Die FDP, die in Westberlin und Hessen unter 5 % fiel, wird sich in Zukunft verstärkt gegenüber der CDU/CSU profilieren müssen. Hierfür bieten sich die Außenpolitik, die Rechtsstaatspolitik und die Wirtschaftspolitik an. Dies wird das Koalitions-klima gewiß nicht verbessern.

Die bisher erfolgreiche bürgerliche Sammlungspartei CDU/CSU, der es gelang, von betont Deutschnationalen bis zu gewerkschaftlichen Sozialausschüsslern alles zu integrieren, befindet sich in einer schwierigen Situation. Sechseinhalb Jahre Wendepolitik haben dazu geführt, daß der rechte Rand abbröckelt.

Dies hängt mit den Folgen der eigenen unsozialen Politik zusammen (Sozialabbau, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, neue Armut, Steuerreform und Gesundheitsreform), die Unzufriedenheit bei bisherigen CDU/CSU-Wählern ausgelöst hat.

Hinzu kommt, daß der rechte CDU/CSU-Flügel durch ausländerfeindliche und rassistische Hetze (erinnert sei hier nur an Stoibers Ablehnung der "durchmischten und durchrassten Gesellschaft"), durch nationalistische Parolen und durch "neues deutsches Geschichtsbewußtsein" den Boden für die Rechtsradikalen mit bereitet und deren Parolen salonfähig gemacht hat. Viele Wähler entscheiden sich dann gleich für das Original mit Profil und nicht für die abgeschwächte Kopie (CDU/CSU).

Für die Linke sind diese Integrationsprobleme der CDU/CSU wahrhaft kein Grund zur Freude, sondern Anlaß zur Sorge.

SPD:

Klare Konturen notwendig

In der SPD ist es weitgehend unumstritten, daß nicht mit einer Anpassung an rechte (ausländerfeindliche) Elemente des Alltagsbewußtseins von Wählern auf die rechtsradikale Herausforderung reagiert werden darf.

Aufgrund ihrer Identität und Geschichte wird der SPD in der

Ausländerpolitik gar nichts anderes übrig bleiben, als das mühsame Geschäft der Aufklärung zu betreiben. Zur Flüchtlingspolitik hat sie 1986 auf dem Nürnberger Parteitag einen klaren Beschluß gefaßt, der nunmehr offensiv vertreten werden muß.

In der Ausländerpolitik muß sie eingestehen, daß die Bundesrepublik mit über 4 Millionen Ausländern, die meist hier bleiben wollen und deren Kinder meist hier geboren sind, entgegen allen Beteuerungen schon längst ein Einwanderungsland geworden ist, in dem mehrere Kulturen nebeneinander und hoffentlich auch miteinander existieren. Das Festhalten am kommunalen Ausländerwahlrecht ist ein gutes Zeichen.

Für die Gewerkschaften wird es von existentieller Bedeutung sein, die innere Klasseneinheit zu wahren, indem weiterhin verhindert wird, daß deutsche und ausländische Lohnabhängige gegeneinander ausgespielt werden.

Die Wahlergebnisse in Bremen, Westberlin und Hessen insgesamt können zudem nicht als ausländerfeindliches Votum betrachtet werden, denn SPD und Grüne/Alternative als Parteien, die für das kommunale Ausländerwahlrecht eintreten, gewannen Stimmen hinzu.

Dies kann jedoch kein Grund zur Beruhigung sein. Auch wenn bisher vor allem ehemalige CDU-Wähler zu den Rechtsradikalen überwechselten, so ist nicht zu übersehen, daß auch SPD-Wähler gegenüber Parolen der Rechtsradikalen teilweise nicht immun sind.

Vom Versagen der Wendepolitik in vielen Bereichen (Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Beschäftigungspolitik) hat die SPD bei diesen Wahlen nur wenig profitiert. Sie muß sich fragen, warum die offenkundige soziale Unzufriedenheit mit der Wendepolitik nicht zu noch größeren Stimmengewinnen für die SPD geführt hat und warum viele nicht in der SPD, sondern in Rechtsradikalen, die Alternative zu CDU/CSU gesehen haben.

Dasselbe Problem stellt sich übrigens, wenn auch im geringeren Maße, für die Grünen.

Für viele Wähler, die ihren Protest gegen die unsoziale Wen-

depolitik ausdrücken wollen, ist die SPD offenbar keine Alternative. Darunter sind sicher viele, die ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild haben und daher für die SPD nicht ansprechbar sind. Aber es gibt auch viele, die aus einer diffusen Protesthaltung heraus diesmal Republikaner oder NPD gewählt haben und ideologisch kaum festgelegt sind.

Für die SPD besteht also kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Will sie mehr enttäuschte CDU/CSU/FDP-Wähler ansprechen als bisher, so muß sie ihre Alternativen zur Politik der Wenderegierung in allen Politikbereichen klar machen, besonders in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Forderung nach massivem staatlichen Beschäftigungsprogramm, Reduzierung der täglichen Arbeitszeit durch Tarifverträge und durch ein neues Arbeitszeitgesetz, Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus, Ausbau von Mieterrechten, Soziale Mindestsicherung, Steuerreform zugunsten der Einkommensschwachen, wirkliche Gesundheitsreform statt Schröpfung der Versicherten und Patienten, Ausbau von Mitbestimmungsrechten in den Betrieben und Ablehnung einer Flexibilisierung und Deregulierung zu Lasten der Arbeitnehmer usw.).

Nur mit klaren Konturen kann die SPD bei Wählern an Profil gewinnen. Bei Anpassungstendenzen an die FDP oder an eine CDU à la Späth/Biedenkopf hätte das Original bei den Wählern bessere Chancen als die schlechte sozialdemokratische Kopie.

Die Debatte um das Grundsatzprogramm und um das Regierungsprogramm der SPD wird zeigen, welcher Kurs sich in der SPD durchsetzen wird, der Kurs der Anpassung an den vermeintlichen Zeitgeist à la Lafontaine, der immer zum potentiellen Koalitionspartner FDP schießt, oder der Kurs einer klaren sozialdemokratischen Politik, die Massenarbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut konsequent bekämpfen will, auch wenn dabei Konflikte mit den ökonomisch Herrschenden unvermeidbar sind.

Eine eventuelle sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die sich Illusionen über das Ausmaß der sozialen und ökonomischen Zerrüttung in diesem Land machen würde, die der sozialen Nährboden - neben der Fortexistenz von Elementen des

rechtsradikalen Weltbilds im Alltagsbewußtsein - für Wahlerfolge der Rechtsradikalen ist, würde schnell von den politischen Realitäten eingeholt werden, spätestens bei einem konjunkturellen Abschwung, von dem dann vor allem Rechtsradikale profitieren würden.

"Hilfloser Antifaschismus"

Zum Schluß sei noch eine Anmerkung zum "hilflosen Antifaschismus" des innenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Bernrath gemacht, der vorschlug, den "Radikalerlaß" auf die Mitglieder der Republikaner auszudehnen.

Wie dargelegt, gibt es in der politischen Kultur der Bundesrepublik leider einen gar nicht so kleinen Bodensatz an Rechtsradikalismus, der immer latent vorhanden war und jetzt durch diese Wahlergebnisse wieder einmal manifest wurde. Die Ursache für dessen derzeitige Attraktivität ist, neben den sozialen und ökonomischen Krisenerscheinungen, auch in einem Mißtrauen mancher Wähler gegen alle etablierten Parteien zu sehen.

Rechtsradikales Bewußtsein, das zudem vom demokratischem, rechtskonservativem Bewußtsein kaum scharf zu trennen ist, läßt sich nicht verbieten. Hier ist der mühsame Kampf um die Gehirne auch dieser Wähler erforderlich und harte Aufklärungsarbeit, die bei festverwurzelten emotionalen Vorurteilen manchmal an Grenzen stößt.

Selbstverständlich sind antifaschistische Manifestationen und Demonstrationen notwendig und sinnvoll. Dies allein reicht jedoch ebenso wenig aus wie das notwendige Verbot offen neofaschistischer Organisationen. Raffinierteren, sich staatstreu gebenden Rechtsradikalen wird man damit nicht Herr (z.B. den Republikanern).

Die wirksamste Strategie gegen Rechtsradikale ist, neben dem offensiven Kampf gegen deren Ideologie, immer noch eine Politik, die den sozialen Nährboden für deren Parolen durch eine konsequente Beschäftigungs-, Sozial- und Wohnungspolitik verminert und die die Konkurrenzsituation zwischen den Lohnabhängigen abbaut.

Anmerkungen:

(1) vgl. dazu Claus Leggewie: "CDU-Integrationsmodell auf Widerruf" in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1989, S. 294-308;

(2) vgl. Peter Dudeck/Hans-Gerd Jaschke: "Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik", Band 1 und 2, Opladen 1984;

Peter Dudeck: "Jugendliche Rechtsextremisten", Köln 1985;

Wolfgang Benz: "Rechtsextremismus in der Bundesrepublik", Frankfurt am Main 1984;

(3) Martin Greiffenhagen: "5 Millionen Deutsche, Wir sollten wieder einen Führer haben..." - Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981;

Sebastian Herkommer/Joachim Bischoff/Karlheinz Maldaner: "Rechtsradikalismus - zur Kontinuität einer Alltagsform politischen Bewußtseins", in: "Alltag, Bewußtsein, Klassen", S. 106-119, Hamburg 1984;

(4) Die Republikaner Landesverband Berlin: "Programm für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989", Berlin 1988;

"Bundesparteiprogramm der Republikaner": Parteizeitschrift "Der Republikaner"; diverse Presseartikel über die Republikaner (auf Einzelnachweis der Quellen wird hier aus Platzgründen verzichtet);

Broschüre der Volksfront gegen Reaktion, Krieg und Faschismus (Westberlin) des Asta-FU und der VVN Westberlin über die Republikaner, Westberlin 1988;

(5) vgl. dazu Helmut Berding: "Moderner Antisemitismus in Deutschland", Frankfurt am Main 1988;

(6) vgl. zur Analyse der Wahlergebnisse in Bremen: SPD-Landesorganisation Bremen, Landeskommision "Kampf gegen rechts": Untersuchung des Stimmerfolges der DVU/LD in der Bürgerschaftswahl am 13. September 1987 einschließlich Empfehlungen, Bremen 1988, und AfB und AfA in der Bremer SPD: Dokumentation eines Fachgesprächs über politische Bildung "gegen rechts", Bremen 1988;

vgl. zur Analyse des Berliner Wahlergebnisses: Infas-Report Politogramm, Berlin 1989; Joachim Hofmann-Götting: "Die Wahl in Berlin vom 29. Januar 1989 nach Alter und Geschlecht", Bonn 1989; Manfred Berger/Wolfgang G. Gibowski/Dieter Roth: "Ein Denktzettel für den Senat" in: "Die Zeit", 3.2.1989;

vgl. zur Analyse des Frankfurter Wahlergebnisses: Claus-Jürgen Göpfert: "Noch nie gab es bei einer Frankfurter Kommunalwahl eine so starke Beteiligung" in: "Frankfurter Rundschau", 14.3.1989;

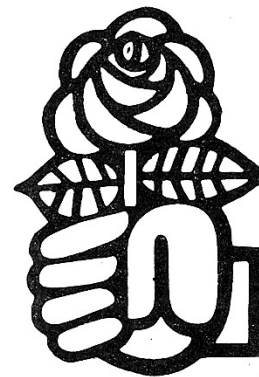
Zum Autor:

Dr. Ernst Wolowicz

Wissenschaftlicher Assistent bei der Münchner SPD-Stadtratsfraktion;
1983/84 Vorsitzender der Münchner Jungsozialisten; seit 1983 Vorsit-
zender des SPD-Ortsvereins München-Untergiesing

Dr. Ernst Wolowicz

Renaissance des Rechts- radikalismus?



Impressum:

Herausgeber:

Verantwortlich:

Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Bayern

Ignaz Wasserle

Oberanger 38, 8000 München 2

Telefon: 089 / 23 17 11 23

1500 Exemplare; Mai 1989

2. Auflage:

Gestaltung:

DTP-Computersatz und -layout

dvk-Verlag, Klenzestr.45, 8 München 5, 089 / 492901

Druck:

Druckerei Schleicher, 8000 München 90

Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Bayern